

Corinne Schärer
Grüne

Interpellation

Zeigen die Massnahmen im Kanton Bern gegen Frauenhandel Wirkung?

Jährlich gelangen laut Schätzungen des Bundesamts für Polizei zwischen 1500 und 3000 Frauen als Opfer von Menschenhändlern in die Schweiz. Die meisten Opfer werden jedoch nicht entdeckt, nur eine kleine Zahl von Betroffenen erhält Schutz und Unterstützung: Die einzige auf Frauenhandel spezialisierte Beratungsstelle in der Schweiz, FIZ Makasi, hat im Jahr 2006 133 betroffene Frauen unterstützt. Anerkannte Opferhilfestellen haben im selben Jahr laut dem Bericht der Koordinationsstelle Menschenhandel Menschenschmuggel (KSMM) 80 Opfer beraten. Nur wenige Täter und Täterinnen werden wegen Menschenhandels verurteilt: Im Jahr 2005 gab es nur gerade 12 Verurteilungen in der Schweiz.

Im Kanton Bern haben Behörden und Fachstellen in einer Arbeitsgruppe Verbesserungen dieser Situation erarbeitet. Im Rahmen der Euro 08 findet eine breit abgestützte Sensibilisierungskampagne gegen Frauenhandel statt. Die Bevölkerung des Kantons Bern sollte aus diesem aktuellen Anlass über die Wirkung der lokalen Kooperationsmassnahmen informiert werden.

Der Grosse Rat hat im November 2006 die Motion Balli "Euro 08 ohne Zwangsprostitution" (192/2006) überwiesen. Anknüpfend an die Antwort auf die Motion wird der Regierungsrat um folgende Auskünfte und Stellungnahmen gebeten:

1. In unserem Kanton beteiligen sich die Strafverfolgungsbehörden an einer Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel. Was hat diese Arbeitsgruppe bewirkt in Bezug auf den Schutz der Opfer von Frauenhandel und auf die Strafverfolgung der Täterschaft?
2. Was unternehmen die Kantonsbehörden, damit Opfer von Menschenhandel nicht wegen illegalen Aufenthalts oder unbewilligter Erwerbsarbeit angezeigt und bestraft werden?
3. Wie viele Opfer von Frauenhandel sind zwischen 2005 und 2007 im Kanton Bern als solche identifiziert worden? Falls keine Opfer identifiziert worden sind, worauf ist dies zurückzuführen?
4. Wie vielen mutmasslichen Opfern von Frauenhandel ist in den vergangenen drei Jahren eine Aufenthaltsbewilligung erteilt worden? Konkret: Wie viele Bedenkfristen sind erteilt worden? Wie viele Kurzaufenthaltsbewilligungen? Wie viele vorläufige Aufnahmen? Wie viele B-Bewilligungen (Härtefall)?
5. Wird die auf Frauenhandel spezialisierte Fachstelle FIZ Makasi vom Kanton als Opferhilfestelle anerkannt? Unterstützt der Kanton Bern die Fachstelle finanziell?
6. Werden Angehörige von Polizei, Justiz und Migrationsbehörden zu Menschenhandel aus- und weitergebildet? Gibt es bei Polizei, Justiz und Migrationsbehörden auf Menschenhandel spezialisierte Fachleute, die die entsprechenden Fälle bearbeiten? Falls nicht, aus welchen Gründen?

Es wird Dringlichkeit verlangt:

Im Rahmen der Euro 08 findet zurzeit eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne gegen Frauenhandel statt (Spot im Fernsehen und vor Spielen, Petition u.a.). Dies ist für den Regierungsrat ein guter Zeitpunkt, um über seine Aktivitäten seit der Überweisung der Motion 2006 zu informieren.

Bern, 2. Juni 2008